

Antrag

der Abgeordneten Matthias Höhn, Dr. Gesine Löttsch, Doris Achelwilm, Gökay Akbulut, Simone Barrientos, Lorenz Gösta Beutin, Heidrun Bluhm-Förster, Dr. Birke Bull-Bischoff, Jörg Cezanne, Anke Domscheit-Berg, Susanne Ferschl, Brigitte Freihold, Sylvia Gabelmann, Nicole Gohlke, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, Kerstin Kassner, Katja Kipping, Jan Korte, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Pascal Meiser, Cornelia Möhring, Niema Movassat, Norbert Müller (Potsdam), Sören Pellmann, Victor Perli, Ingrid Remmers, Martina Renner, Dr. Petra Sitte, Dr. Kirsten Tackmann, Andreas Wagner, Harald Weinberg, Katrin Werner, Hubertus Zebel, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.

30 Jahre Deutsche Wiedervereinigung – Einheit vollenden, Fehler korrigieren und ostdeutsche Interessen anerkennen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit Zuversicht und Neugier gingen die meisten Ostdeutschen in die deutsche Einheit. Sie durften – wie alle anderen auch – folgende Selbstverständlichkeiten in diesem Land erwarten: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Ausbildungs- und Karrierechancen, Gleichberechtigung der Geschlechter sowie Renten, die im Alter ein würdevolles Leben sichern. Für zu viele Menschen haben sich diese Erwartungen bis heute nicht erfüllt. Die ökonomische Übermacht des Westens hat den Osten auf Zweitklassigkeit gestellt.

Infolge des Kahlschlages der DDR-Betriebe explodierte die Arbeitslosigkeit. Diese grundlegende Verunsicherung traf neben den Männern ebenso die Frauen, die im Unterscheid zur Bundesrepublik Deutschland zumeist in Vollbeschäftigung tätig waren. Für zahlreiche ausländische Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter hatte die Wende existentielle Folgen: Ihre Arbeitsverträge wurden aufgelöst, viele wurden durch eine rigide ausländerrechtliche Praxis und ein zunehmend rassistisches Klima zur Ausreise gedrängt. Der wirtschaftliche Umbau in den 1990er Jahren ging Hand in Hand mit einem Elitenwechsel, der Ostdeutsche automatisch von Karrierewegen und Spitzenpositionen ausschloss. Diese Einstellungspolitik hat sich verfestigt. Es braucht endlich mehr Ostdeutsche in Schlüsselfunktionen im ganzen Land und besonders in den ostdeutschen Ländern. Es braucht auch ihre Stimmen, ihr Vorbild, ihre Erfahrungen, ihren demokratischen Widerspruch: Nur wenn Ost- wie Westdeutsche, Migrantinnen und Migranten, Frauen und Männer zuversichtlich und interessiert auf ihre Möglichkeiten in unserem Land vertrauen, wird die liberale Demokratie wehrhaft sein.

Ostdeutschland ist Gegenwart, nicht nur Geschichtsprojekt. Drei Jahrzehnte nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland geht es um mehr als das Schulterklopfen der Regierungsspitzen auf Festakten. Es wird Zeit, die Lage in den ostdeutschen Ländern nach den Maßstäben herrschender Politik zu bewerten: Niedriglöhne sind kein aus der DDR übernommenes Problem, sondern das Ergebnis der bundesdeutschen Lohn- und Arbeitsmarktpolitik. Mehr als ein Drittel der Beschäftigten arbeiten im Osten für weniger als 12 Euro Stundenlohn, gesamtdeutsch ist ein Viertel der Menschen betroffen (vgl. Statistisches Bundesamt 2020). Auch für Fachkräfte und bestehende Tarifverträge im Osten gilt: Hier wird länger und für weniger Geld gearbeitet als am vergleichbaren Arbeitsplatz im Westen. Ebenso nicht aus der DDR geerbt sind beschämende Armutsrenten, ganz im Gegenteil: Wer jetzt in den Ruhestand geht, hat 30 Jahre im vereinten Deutschland gearbeitet und gelebt. Es ist nicht akzeptabel, dass bereits heute mehr als 40 Prozent der Ostdeutschen nach mindestens 40 Versicherungsjahren weniger als 1000 Euro Rente haben (vgl. Bundestagsdrucksache 19/21117) – genau so wenig akzeptabel wie Armutsrenten in Essen oder Wuppertal.

Der nächste Umbruch im Osten ist in den Kohlerevieren in vollem Gang. Damit fallen mancherorts die letzten industriellen Arbeitgeber weg. Der Strukturwandel an diesen Standorten muss im Sinn eines sozial-ökologischen Umbaus der Regionen auch durch ausreichende Fördergelder vorangetrieben werden. Nur neue gleichwertige Arbeitsplätze halten Menschen in der Region. Ausgereichtes Steuergeld und Jobsicherheit müssen dabei zusammengehen – schon vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und dem drohenden Stellenabbau, den Unternehmen trotz Staatshilfen ankündigen.

Politik muss Fehler eingestehen und korrigieren können. Die Treuhandanstalt kam nicht als Ufo. Sie unterstand der Bundesregierung; die ersatzlose Privatisierung von Volkseigentum war deren politische Vorgabe. Immer wieder ist von den Kosten der Wiedervereinigung die Rede, von den Gewinnen hingegen nicht. Vermögenswerte, Immobilien, Boden und Firmen gingen dauerhaft in den Besitz des Westens. Drohende Konkurrenz aus dem Osten wurde oftmals gleich mit plattgemacht. Die Bundesregierung hat Private zu Gewinnern gemacht, dagegen die Kosten der Einheit auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in West und Ost abgewälzt.

Die Überleitung der vielfältigen Formen von Renten aus dem Versicherungssystem der DDR in das bundesdeutsche Recht war eine komplexe Aufgabe. Die dabei gemachten Fehler müssen endlich behoben werden; einige Rentenansprüche aus der DDR wurden damals gestrichen oder gekürzt. Zu viele Gruppen sind betroffen: die in der DDR geschiedenen Frauen, Bergleute der Braunkohleveredlung, Krankenschwestern, Tänzerinnen und Tänzer, Angestellte bei der Post oder der Eisenbahn und andere mehr. Sogar die aus der DDR Geflohenen und Ausgereisten wurden nach der Wiedervereinigung wieder nachträglich zu Ostdeutschen im Rentenrecht. Viele der Betroffenen haben nie aufgehört, ihre Rentenansprüche einzufordern. Im 30. Jahr der Einheit erwarten sie endlich Gerechtigkeit und nicht nur die Behandlung von Härtefällen.

Wer Geschichte nur in den Dienst der Mächtigen stellt, verliert die Geschichten der Vielen. Wer die DDR auf zu wenige Begriffe bringt, der sagt auch über die Menschen, die dort lebten, zu wenig. Die ostdeutsche Revolution von 1989 war vielschichtig: Sie war Abgesang auf die DDR und Aufbäumen gegen Überwachung und Unterdrückung. Aber sie war ebenso auch mutige Reformbewegung eines demokratischen und ökologischen Sozialismus, eines dritten Weges. Ein demokratisch-sozialistisches Ideal, dass das Privateigentum nicht über alles hebt, das wichtige Bereiche des öffentlichen Lebens dem Markt entzieht, das was sowohl Gleichberechtigung als auch Freiheit hochhält, bleibt berechtigte Vision einer Gesellschaft der Freien und Gleichen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. den Verfassungsgrundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost wie West als vordringliche Aufgabe für Politik und Gesellschaft zu begreifen. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es an der Zeit, die verschiedenen ostdeutschen Perspektiven, die Erfahrungen aus zwei politischen Systemen anzuerkennen und ernst zu nehmen, was dauerhafte Deindustrialisierung, Niedriglohnpolitik, kulturelle Ignoranz und Abwanderung für jede Region und ihre Menschen bedeuten können;
 2. die Repräsentanz als demokratischen Standard anzuerkennen und verbindliche Regelungen zur Beteiligung von Frauen, Migrantinnen und Migranten, für in der DDR Geborene und heute Ostdeutsche durchzusetzen und darauf hinzuwirken, dass es zu einer gerechten Vertretung in Führungsfunktionen von Politik, Justiz, Wissenschaft und Medien kommt. Als Vorbild soll die Bundesregierung einen Regelungsvorschlag vorlegen, der den in Artikel 36 Satz 1 des Grundgesetzes verlangten Länderproporz für Bundesbeamtinnen und -beamte aus allen Bundesländern wirksam umsetzt und auf Angestellte des Bundes überträgt;
 3. Gesetzentwürfe vorzulegen, um die Voraussetzungen für gleiche Löhne und Gehälter in Ost und West zu schaffen, indem der gesetzliche Mindestlohn auf mindestens 12 Euro steigt, Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen verboten werden, eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen gesetzlich geregelt wird sowie an die Tarifparteien appelliert wird, unterschiedliche Tarifabschlüsse für Ost und West zukünftig zu unterlassen;
 4. den Strukturwandel in der Energiewirtschaft wirksam zu begleiten und Regelungsvorschläge vorzulegen, um für die Beschäftigten in der Kohleindustrie eine Einkommens- und Beschäftigungsgarantie zu verankern und eine sozial-ökologische, demokratische Verwendung der Strukturwandelgelder abzusichern;
 5. einen Gesetzentwurf vorzulegen, um eine Rentenreform zu verabschieden, damit die gesetzliche Rente wieder den Lebensstandard sichert und vor Armut im Alter und bei Krankheit bewahrt. Für die Ostdeutschen ist die geplante Abschaffung der Umrechnung ihrer flächendeckend niedrigeren ostdeutschen Einkommen auszusetzen, um die Rentenungleichheit zwischen Ost und West nicht neu zu vertiefen. Für Zeiten des Niedriglohns sollen für alle Beschäftigten in Ost wie West eine Hochwertung in der Rente eingeführt und die Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristet und verbessert werden;
 6. Rentenlücken im 30. Jahr der Deutschen Einheit endlich zu schließen und für das Rentenüberleitungsgesetz sowie Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz geeignete Regelungen vorzulegen, die alle in der DDR erworbenen Ansprüche gerecht anerkennen. Alternativ kann in Absprache mit den Betroffenen bzw. deren Organisationen ein Härtefallfonds das Unrecht für viele benachteiligte Gruppen beenden, wenn er einen angemessenen finanziellen Ausgleich unabhängig vom Einkommen umfasst. Hierbei ist auch Verantwortung für ehemalige Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in der DDR anzuerkennen, insbesondere die mosambikanischen Beschäftigten, die nach wie vor um einbehaltene Lohnansprüche sowie ausstehende Rentenansprüche streiten, und eine zufriedenstellende Lösung für deren Anliegen zu finden;

7. einen Entwurf für ein Beendigungsgesetz zum Berlin/Bonn-Gesetz vorzulegen, das die ineffiziente und klimaschädliche Zweiteilung der Regierung durch die Aufteilung der Bundesministerien zwischen Berlin und Bonn schnellstmöglich aufhebt, und in Zusammenarbeit mit dem Berliner Senat eine Machbarkeitsstudie zur Verlegung der Bundesministerien aus Bonn nach Berlin zu erstellen.

Berlin, den 15. September 2020

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion